



UNIVERSITÄTS-  
BIBLIOTHEK  
PADERBORN

## **Frankreichs Kriegsziel**

**Bainville, Jacques**

**Hamburg, 1939**

6. Kapitel: Spiel mit 32 Karten

---

[urn:nbn:de:hbz:466:1-74607](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-74607)



## 6. Kapitel

### Spiel mit 32 Karten

So hat unser Sieg die Lage zwischen Frankreich und Deutschland umgekehrt, ohne daß der tragische Dialog beendet wäre. Der Verlauf, den diese bereits heftige Auseinandersetzung nehmen wird, wird von allen Umständen der Innen- und Außenpolitik beeinflusst. Wie vor 1914 wird alles, was innerhalb und außerhalb der beiden Staaten vorgeht, auf ihre Beziehungen einwirken, die den wesentlichen Bestandteil der kontinentalen Politik ausmachen und die immer noch der Ausgangspunkt der Bündnisse, Interessen, Rivalitäten und Konflikte sind. Letzten Endes wird ganz Europa unter dem Einfluß der Tatsache stehen, daß es ein zwar verwundetes, aber großes Deutschland gibt, das mit brüchigen Fesseln gebunden ist, die es von Jahr zu Jahr unwilliger ertragen wird, ein großes Deutschland, das stets den Antrieb in sich verspüren wird, das Land zu schädigen, das sein Hauptgläubiger geworden ist, nachdem es während des Krieges sein Hauptgegner war.

Ohne Zweifel sind die Karte und das Aussehen der alten europäischen Welt so verändert worden, daß sie in manchen Teilen kaum noch wiederzuerkennen ist. Aber wo haben die bedeutendsten Veränderungen stattgefunden? Dort, wo Frankreich stets ein Gegengewicht gegen die deutsche Macht hat suchen müssen. Ein Gegengewicht kann sich seinem Wesen nach nicht auf der eigenen Seite befinden, wir müssen es also auf der gegenüberliegenden Seite Deutschlands



suchen. Während des Krieges hat die Koalition der Westmächte, so gewaltig sie war, die deutsche Invasion nur nach überaus langen Anstrengungen zurückwerfen können, und 1914 wäre ohne das russische Ablenkungsmanöver wahrscheinlich der Damm im Westen weggerissen worden. Dorsichtshalber muß man in Betracht ziehen, daß England, das am Rande der europäischen Welt und am längeren Hebel sitzt, das Gleichgewicht weniger eng als wir auffaßt und es nicht nur auf Deutschland bezieht. Wir können nicht auf ein festes und förmliches Bündnis mit England rechnen, das es schon vor 1914 ablehnte und dessen Notwendigkeit ihm nicht mehr einleuchtet, seitdem die Seegeltung Deutschlands gebrochen ist. Im übrigen hat die Erfahrung des Krieges den geringen Umfang der militärischen Mittel gezeigt, die Großbritannien einsetzen kann, um einem ersten Stoß Widerstand zu leisten. Die französisch-belgische Kombination ist die einzige, auf die wir uns im Westen mit Sicherheit verlassen können. Frankreich und Belgien sind indessen nicht stark genug. Selbst eine englisch-französisch-belgische Kombination bedürfte der Unterstützung im Osten. Aus diesem Grunde hatte ja König Eduard VII. nach der englisch-französischen Annäherung noch eine englisch-russische Annäherung herbeigeführt, so hart es die Engländer ankam, ihre Hand in die der Russen zu legen. Diese diplomatische Leistung, die sich von selbst zu vollziehen schien, hat in Wirklichkeit viel Sorge und Mühe gekostet. Dabei war die Lage Europas damals einfach und klar im Vergleich zur Gegenwart. Um die ernstliche und wirksame Unterstützung von Völkern zu finden, die fähig sind, Deutschland vom Rücken her zu fassen, werden wir noch mehr als eine Erfahrung machen müssen. An wen sollen wir uns zuerst wenden? Wer ist bereit, das Gegengewicht zu bilden? Welches Gegengewicht ist ausreichend?



In dieser Hinsicht kann man sagen, daß unsere Politik im Laufe der Zeiten die Reihe der möglichen Kombinationen erschöpft hat, wobei wir die beste nicht vergessen wollen, die darin bestand, in Deutschland selbst Hilfsvölker gegen das Haus Österreich oder gegen den preußischen Staat zu halten; diese ideale Lösung ist freilich durch die Beibehaltung der deutschen Einheit ausgeschlossen. Um noch mehr Bürgschaften außer diesen wertvollen deutschen Verbündeten zu haben, hat Frankreich nacheinander ein Bündnis mit den skandinavischen Reichen (während des Dreißigjährigen Krieges), ein Bündnis mit Polen, ein Bündnis mit Österreich und ein Bündnis mit Rußland erprobt. Im Jahre 1916 haben wir zum ersten Male unsere Blicke noch weiter gewandt und Rumänien um seinen Beistand ersucht. Jedes dieser Bündnisse, von denen mehrere sich in langen Zeitabständen wiederholten, hat seine Geschichte gehabt. Keines von ihnen war ewig; jedes entsprach einem gewissen Zustand Europas und hing nicht nur von unserm Willen und unserer diplomatischen Geschicklichkeit und noch weniger von dem „interesselosen Wohlgefallen“ ab, das diese Länder für uns empfinden mochten, sondern von ihrer Lage und ihrer Politik, die beide, je nach den Umständen und der Zweckmäßigkeit, sich änderten.

Gehen wir an Hand der jetzigen Karte die alten und neuen Elemente durch, die eine gemeinsame Front bilden könnten. Für die skandinavischen Staaten ist die Epoche ihrer politischen und militärischen Aktivität seit langem abgeschlossen. Es ist nicht unmöglich, daß sie infolge der Veränderungen in den sogenannten baltischen Ländern noch einmal beginnt. Indessen werden nirgends Anzeichen für diese Wiederkehr der Aktivität sichtbar. Die nordischen Staaten, die während des Krieges neutral und durch ihre Neutralität verbunden waren, haben durch ihre vorsichtige und bedingte Anhänger-



schaft an den Völkerbundspakt zu verstehen gegeben, daß sie sich außerhalb der europäischen Konflikte zu halten wünschen. Selbst Dänemark, das ernste Beschwerden gegen Preußen zu erheben hatte, hütete sich bis zur letzten Minute, es herauszufordern. An Stelle einer Wiedergutmachung für den gewaltsamen Angriff von 1864 beschränkte es sich auf eine einzige Zone von Schleswig, für die es sogar eine Entschädigung bezahlt hat, um mit dem benachbarten Reiche in geordneten Beziehungen zu leben, das noch immer zu mächtig für Dänemark ist und ihm Furcht einflößt. Die Lösung der skandinavischen Länder ist die Zurückhaltung und Vorsicht. So finden wir zur Zeit und ohne Zweifel für lange keine Bundesgenossenschaft im Norden. Gehen wir weiter zum Osten über.

Im 18. Jahrhundert bereitete die Koppelung des Bündnisses mit Polen und des Bündnisses mit Österreich der französischen Diplomatie Kopfzerbrechen, die sich in jedem Augenblick gedrängt fühlte, das eine dem anderen zu opfern. Daher rührt die berühmte „Geheimpolitik des Königs“. Man hat die Außenpolitik Ludwigs XV. und ihr „Geheimnis“ streng verurteilt und tut es noch. Man wird in wenigen Jahren besser begreifen, daß das polnische Bündnis, dessen Schwäche sich bei dem Alarm von 1920 gezeigt hat, ähnliche, wenn nicht schlimmere Komplikationen nach sich ziehen muß. Wir werden sehen, ob das zeitgenössische Frankreich sich auf eine bessere Art aus ihnen zu ziehen weiß.

Alles weist auf den Charakter dieser Komplikationen hin. Sie müssen von Seiten Rußlands in Erscheinung treten. Seit es ein Rußland gibt, ist ein französisch-russisches Bündnis oft angestrebt oder abgeschlossen worden. So sehr schien es unserm Bedürfnis nach einem östlichen Gegengewicht zu entsprechen und so sehr schien Rußland geschaffen, um diesem Bedürfnis zu genügen. Das ging so weit, daß man im



französisch-russischen Bündnis eine Art prästabiliertes Harmonie hat sehen wollen. Indessen jedesmal, wenn das französisch-russische Bündnis gegen Deutschland praktische Anwendung fand, endete es mit einem Abfall Rußlands. So schwer freilich der Verrat von 1917 wiegt, so hart für Frankreich der Separatfrieden und die Treulosigkeit von Brest-Litowsk waren, wo die Sowjetunion sozusagen die Überraschung wiederholte, mit der Peter III.<sup>1</sup> uns überraschte, so muß man doch anerkennen, daß die militärische Hilfe Rußlands während der Zeit des Zusammengehens zwar schwächer war, als man sich bei uns eingebildet hatte, aber doch hohen Nutzen brachte. Damit war die Notwendigkeit einer starken östlichen Unterstützung für die Sicherheit des Westens offenkundig geworden. Das russische Bündnis hat unbestreitbare Dienste geleistet. Haben wir die Hoffnung, daß dieses russische Bündnis wiederkehrt? Es ist wahrscheinlich, daß sich Frankreich einer neuen Art von Katzenjammer aussetzt, wenn seine Diplomatie dabei bleibt, auf das Wiedererstehen eines loyalen und gar liberalen Rußland zu rechnen, das mit uns durch die Bande der Sympathie, der Dankbarkeit und einer Völkerverbundenheit verknüpft ist, noch treuer und zuverlässiger, als es das Rußland Nikolaus II. gewesen ist, ein Rußland, in dem es nicht einmal mehr einen Stürmer<sup>2</sup> gäbe. Niemand weiß, was aus der Sowjetrepublik werden wird und wer ihr Nachfolger werden könnte. Niemand weiß, ob sie gewaltsam umgestürzt wird, oder ob sie sich auf dem Wege der Entwicklung verwandeln wird. Niemand weiß, ob Rußland nicht in eine Anarchie anderer Art verfallen und

<sup>1</sup> Während des Siebenjährigen Krieges verließ Rußland nach dem Tode der Kaiserin Elisabeth unter Peter III. die europäische Koalition gegen Friedrich den Großen und trat auf die Seite Preußens. D. U.

<sup>2</sup> Russischer Ministerpräsident 1916, der Deutschfreundlichkeit verdächtigt. D. U.



durch ein anderes „Zeitalter der Verwirrung“ hindurchgehen wird. Immerhin ist es kaum vorstellbar, daß das kommunistische Regime, das in seiner Außenpolitik mehrfach den geschichtlichen Lebensgesetzen Rußlands gehorcht hat, selbst seine Zukunftsentwicklung aufs Spiel setzt. So wenig „demokratisch“ im Sinne der westlichen Völker die Regierung Lenins sein mag, so kann man sich doch kaum denken, daß die sowjetistische Autokratie leichter als die zaristische Autokratie hundert Millionen Russen gegen ihren Willen in Bewegung gesetzt hätte. Sollte man es erleben, daß die Rote Armee den Kampf gegen Polen und die „Agenten der Entente“ verweigert<sup>1</sup>, wie die russische Armee 1917 die Fortsetzung des Kampfes gegen Deutschland verweigert hat, so könnte man Hoffnung schöpfen. Im andern Falle aber muß man zu der Überzeugung kommen, daß der Krieg gegen Polen und die Verbündeten Frankreichs volkstümlicher ist als der Krieg gegen Deutschland; wenn Lenin dort Erfolg hat, wo der Zar gescheitert ist, so bedeutet das vielleicht, daß seine Außenpolitik besser als die des Zaren den, vielleicht unbewußten, Tendenzen der russischen Massen entspricht. In diesem Zustande der Ungewißheit werden wir für lange Zeit Rußland gegenüber auf Tastversuche angewiesen sein, und das wohlfeile Vertrauen, das wir auf ein besseres Rußland setzen, könnte Enttäuschungen erfahren. Mindestens wäre es vorzuziehen, auf ein baldiges Bündnis mit Rußland zu rechnen und dieser Hoffnung alles mögliche zu opfern. Abwarten und Mißtrauen werden besser angebracht sein, und die klügste Politik gegenüber Rußland wird wahrscheinlich darin bestehen, es so weit als möglich zu neutralisieren zu suchen.

<sup>1</sup> Der russisch-polnische Krieg wurde erst am 18. März 1921, also nach Erscheinen des Buches Bainvilles, durch den Frieden zu Riga förmlich beendet (Vorfriedensvertrag 12. Oktober 1920). D. U.



Es bleibt Rumänien zu betrachten, der letzte Verbündete, den wir im Kriege gefunden haben. Sein Beispiel ist aufschlußreich. Es handelte sich um einen Staat, der in einem halben Jahrhundert friedlicher Regierung ausgebaut war und einen recht ehrenvollen Rang in Europa einnahm. Mit seinen Hilfsquellen, seiner Zivilisation, seiner Verwaltung, seinen Finanzen war Rumänien dem Durchschnitt der kleinen Staaten merklich überlegen. Ohne russische Unterstützung indessen erlitt es das gleiche Schicksal wie Serbien, und seine militärische Rolle war binnen kurzem ausgespielt. Das ist der günstigste Fall eines Bündnisses mit einem Volke, dessen Bevölkerungszahl und Kräfte beschränkt sind. Damit ist auch das Urtheil über die Dienste gefällt, die solche Bündnisse im Falle des Konfliktes mit einer großen Kontinentalmacht leisten können. Man darf auch nicht außer acht lassen, daß die Rumänen, seitdem sie sich Bessarabien angeeignet haben, wissen, daß sie die Gegnerschaft der Russen fürchten müssen. Zumindest wird ein Mißtrauen zwischen den Rumänen und den Russen bleiben. Wieviel Schwierigkeiten liegen für uns darin, wenn wir die Völker entsprechend unseren Wünschen zusammenführen wollen!

\*

Werfen wir noch einen Rückblick auf diese kurze Darstellung. Oesterreich-Ungarn gibt es nicht mehr. Rußland ist im Augenblick der Barbarei verfallen und uns feindlich; seine Zukunft eröffnet beunruhigende Aussichten. Zwischen Rußland und Deutschland breitet sich von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer ein Mosaik von Nationen aus, deren größte, die polnische, zwischen zwei Feuer genommen ist. Es gibt auf dem europäischen Kontinent keine Großmacht mehr, die uns bei der Herstellung eines Gleichgewichts unterstützen könnte, das das Vorhandensein der deutschen



Masse notwendig macht. Und die deutsche Volksmasse ist die einzige, die in sich gleichartig und organisiert inmitten eines weiten Gebietes des Zerfalls bestehen geblieben ist: diesen Gesichtspunkt darf man nicht aus den Augen verlieren.

Die Statistik lehrt uns, daß das Europa von 1914 sechsundzwanzig Staaten zählte; im Europa von 1920 gibt es ungefähr zweiunddreißig Staaten, eine Zahl, die noch nicht endgültig feststeht, denn über einige besteht noch keine Klarheit, abgesehen davon, daß andere so brüchig sind, daß ihre Lebensdauer vielleicht sehr kurz ist. Diese neuen Staaten haben sich von der russischen und von der österreichisch-ungarischen Monarchie losgelöst oder sind von ihnen losgelöst worden. Es sind von Norden nach Süden: Finnland, Estland, Lettland, Litauen, Polen und die Tschecho-Slowakei. Zwischen Österreich und Ungarn gibt es kein gemeinsames Band mehr; jedes bildet eine eigene Einheit.

Alle diese Staaten weisen einen gemeinsamen Zug auf: es fehlen ihnen natürliche Grenzen. Ihre Grenzen decken sich ungefähr wohl oder übel mit denen der Nationalität, deren Namen sie tragen. Hierbei sind allerdings zahlreiche Vorbehalte zu machen. Die polnische Nationalität bildet keine geschlossene Bevölkerungsgruppe; insbesondere im Osten, nach Rußland zu, ist es außerordentlich schwierig zu bestimmen, wo sie aufhört. Die Tschecho-Slowakei ist, wie erwähnt, beinahe ebenso buntscheckig wie das alte Reich Habsburg, und das nationale Element, die eigentlichen Tschechen, herrscht nicht in dem Maße vor, wie es notwendig wäre. Umgekehrt beklagt sich Ungarn darüber, daß es nicht alle Ungarn umfaßt, und kündigt einen „Irredentismus“ an. Österreich ist auf dem Papier wohl ein Staat, aber in Wirklichkeit ist es nur der Überrest eines Staates, dem nicht nur die



Voraussetzungen für die Dauer, sondern für das Leben überhaupt fehlen.

Diese Staaten, sei es, daß sie neu geschaffen wurden oder daß sie als Reste eines größeren Ganzen übrigblieben, sind an Ausdehnung und Bevölkerungszahl ungleich. Der größte von ihnen dürfte Polen sein, wenn auch in diesem Augenblick seine Grenzen und vielleicht sogar das Schicksal der polnischen Republik noch keineswegs feststehen. Die andern Staaten schwanken zwischen ungefähr 15 Millionen Einwohnern (Tschecho-Slowakei), 7—8 (Österreich und Ungarn) und 1, 2 oder 3 Millionen für die übrigen.

In ganz Ost- und Mitteleuropa gibt es „Marken“ und „Grenzgebiete“, die weder durch die Bodengestaltung noch durch den Mangel natürlicher Grenzen entstanden sind. Die sogenannten natürlichen Grenzen haben keineswegs einen unbedingten Charakter. Wenn die Geographie im Westen Europas sie vorzuschreiben scheint, so hat doch die Geschichte einen noch größeren Anteil an ihnen. Es gibt viele Nationalitäten, aber wenige Nationen. Zu einer Nation gehört die Gewöhnung an ein gemeinsames Leben. Eine Grenze hat einen klaren Sinn, wenn die Menschen wissen, daß jenseits des Grenzpfahls ihre Sitten, ihre Gewohnheiten und die Erinnerungen, die ihnen teuer sind, nicht gelten. Für die neuen Staaten gibt es nichts, was einer solchen idealen Grenze gleich sähe, die widerstandsfähiger ist als ein Grenzwall. Alles ist dort neu, unbestimmt und gestaltlos. Zehn, zwanzig, hundert andere politische Kombinationen und Gebietszuweisungen als die, die der Friedensvertrag festgesetzt hat, sind möglich, und wären ebenso vernünftig oder unvernünftig. Warum gibt es eine freie Stadt Danzig? Warum ist der Teschener Bezirk, in dem Polen, Deutsche und Tschechen zusammenwohnen, so und nicht anders



geteilt worden? Warum wird die ruthenische Nationalität verleugnet, während ihrer Nachbarin eine Art göttlichen Rechtes zuerkannt wird? Eine nahezu unbegrenzte Formbarkeit bleibt das Erbteil dieser Völker und dieser Gegenden. Die Formbarkeit aber schließt die Stabilität aus. Haben diese jungen Staaten, denen natürliche und geschichtliche Grenzen fehlen, wenigstens strategische Grenzen erhalten? Verfügen sie über die Mittel, sich zu verteidigen? Man hat für sie nicht besser gesorgt als für Frankreich. In seinem bemerkenswerten Bericht über die territorialen Bestimmungen des Friedensvertrags hat Charles Benoist ein auffallendes Versäumnis hervorgehoben. Man hat eine Tschecho-Slowakei geschaffen, aber das Glazer Diered, die Pforte Böhmens, durch die 1866 die preußische Armee eindrang, hat man Deutschland gelassen, als ob das Wort Bismarcks nicht mehr wahr wäre: „Wer der Herr Böhmens ist, ist der Herr Mitteleuropas“, eine Bemerkung, deren Richtigkeit durch die berühmten beiden Schlachten am Weißen Berge und bei Königgrätz erwiesen ist. Die älteren Staaten, denen der Krieg bedeutende Gebietsvergrößerungen gebracht hat, sind übrigens nicht besser aufgebaut als die neuen Staaten. Wie die Tschecho-Slowakei, so sind auch Rumänien und Jugoslawien in die Länge gezogen. Die Ausdehnung ihrer Grenzen ist im Verhältnis zu ihrem Flächeninhalt außerordentlich groß; infolgedessen ist ihre Verteidigung sehr schwierig. Fast die Hälfte Griechenlands bildet einen Küstenstreifen. Griechenland, dem man das „Rückgrat“ genommen hat — wie Denizelos sich ausdrückte, ehe er in Größenwahn verfiel —, wird sehr gefährdet und sehr schwach sein. Allen diesen Staaten, deren Gestalt und Aufbau weder natürlich noch vernünftig ist, mangelt die Sicherheit. In gleicher Weise fehlt ihnen die Stärke. Wenn aber Völker sich weder stark



noch sicher fühlen, so ist ihre Politik zum Lavieren gezwungen.

Die „zurückgegebenen“ oder eroberten Provinzen, die das rumänische Gebiet verdoppelt, das serbische verdreifacht und das griechische außerordentlich vergrößert haben, haben außerdem die Macht dieser Staaten nicht so verstärkt, wie es scheinen mag. Stellen wir uns vor, daß Elsaß-Lothringen an Oberfläche und Bevölkerung ebenso groß sei wie das übrige Frankreich. Stellen wir uns ferner vor, daß ein großes Elsaß niemals oder nur in weit zurückliegenden Zeiten einen Bestandteil der französischen Einheit gebildet habe. Wie schwierig würde es für uns zu verwalten sein! Das ist aber die Lage der Staaten, die große Provinzen erhalten haben. Die Assimilation dieser Gebiete und ihrer Bewohner wird entweder lange Zeit brauchen und behutsam vollzogen werden müssen, oder sie wird hart und qualvoll sein. Das ist eine Aufgabe, die den Regierungen wenig Muße und Handlungsfreiheit läßt, während gleichzeitig das Bewußtsein ihrer Brüchigkeit ihre natürliche Furcht vor Gewaltstreichen steigert. Sie sind besser als wir im Stande, die Gefahren der mitteleuropäischen Lage zu ermessen, und werden sich entschieden von Bündnissen für einen Verteidigungskrieg gegen Deutschland und mit noch besserem Grunde von Bündnissen gegen eine deutsch-russische Koalition fernhalten; die Bündnisse, die sie ins Auge fassen, werden als eine Versicherung gegen die Gefahren geschlossen werden, denen sie ausgesetzt sind. So hatte die „Kleine Entente“, die zwischen Prag, Belgrad und Bukarest im August 1920 abgeschlossen worden ist, als Polen in Gefahr geriet, ganz offen den Charakter einer „Liga der Neutralen“.

Nicht weniger wichtig ist schließlich die Frage, was für Menschen und was für Grundsätze die neuen Staaten bestimmen. Welchen Charakter tragen ihre Institutionen?



Welche Verfassung haben sie? Welche Bürgschaften geben ihre inneren Zustände gegenüber den verschiedenen Fehlern, mit denen sie von ihrer Entstehung an behaftet sind? Die nationale Einheit der meisten von ihnen muß erst geschaffen werden. Die Tschecho-Slowakei trägt ihren Namen ohne Zweifel, um auszudrücken, daß die Verschmelzung zwischen Tschechen und Slowaken noch lange nicht vollzogen ist. Diese Länder befinden sich im Alter der Kinderkrankheiten. Wo ist bei ihnen das feste Element, der dauernde Ausdruck ihrer Staatlichkeit, den beim Ursprung aller europäischen Nationen, die eine bleibende Gestalt gewonnen haben, stets eine Dynastie gebildet hat? Außer Rumänien, Jugoslawien und Griechenland, die ihre Dynastie bewahrt haben — wiewohl sie im letztgenannten Lande sehr erschüttert ist —, sind alle diese Nationalitäten mit beiden Füßen unvermittelt in die reine Demokratie gesprungen. Während des ganzen 19. Jahrhunderts nahm man an, daß die jungen Staaten mehr als andere eines Beschützers bedürften. Eine Nationalität, die man befreite, oder die ihre Einheit neu bildete, erhielt eine konstitutionelle Monarchie oder gab sie sich selbst. Länder, die keine durch die Geschichte zur Herrschaft bestimmte Familie besaßen, borgten sich bei einer regierenden Familie einen Fürsten, um die Rivalitäten im Inneren zu vermeiden. Die Verpflanzung hatte den zu erwartenden Erfolg. Der neue König nationalisierte sich schnell. Er brachte Beziehungen mit dem Ausland, politische Erfahrungen, Verwaltungsmethoden, mitunter sogar die Keimzelle einer Beamtenschaft mit. Seine Anwesenheit milderte die Partekämpfe. So war es in Griechenland, in Belgien, in Rumänien und in Bulgarien, nicht zu reden von Deutschland und Italien, die ihre Einheit dem preußischen und dem savoyischen Herrscherhause verdanken. Noch neun Jahre vor dem Kriege haben die Norweger, als sie sich von Schweden



trennten, freiwillig die monarchische Regierungsform als die für ihre Zwecke geeignetste gewählt. Im Jahre 1919 war eine andere Mode aufgekommen. Die Alliierten haben haufenweise Nationalitäten befreit und allgemein die Demokratie eingeführt. Alle neuen Staaten haben ausnahmslos das republikanisch-parlamentarische Regime angenommen. Ihre Verfassung ist den kühnsten Vorbildern nachgezeichnet. Das stellt einen gefährlichen Versuch dar. Völker, die vielleicht nicht einmal zur Hälfte eine solche Verfassung wollten, mußten sie annehmen. Wenn sie nicht ihre Zuneigung und ihre Treue gegenüber dem republikanischen Gedanken ausgesprochen hätten, so wäre ihnen das übel vermerkt worden; man hätte sie autokratischer Tendenzen und gewisser Sympathien für Wilhelm II. verdächtigt und ihnen imperialistische Gesinnung vorgeworfen. Auf diese Weise probiert auch Polen dieselbe Verfassung wieder aus, an der es früher schon zugrunde gegangen ist.

Die reine Demokratie ist in Ländern eingeführt worden, in denen alles noch zu schaffen und zu gründen ist, in denen Grenzen zu verteidigen und Bevölkerungen verschiedener Herkunft zu einigen sind: ein mühsames Werk, das einen langen Atem erfordert und sich schlecht für eine schwache, dem Wechsel unterworfenen und in sich gespaltene Regierung eignet. Als neue Staaten besaßen diese Länder kein Korrektiv gegenüber der Demokratie wie die alten Staaten, die sie erst in einem späteren Zeitpunkt ihrer Entwicklung übernommen haben. Sie besitzen keine geschichtlich gewordene gesellschaftliche Gliederung, keine Verwaltungsorganisation, keine politischen und bürokratischen Überlieferungen. Man muß befürchten, daß nicht nur ihre Entwicklung aufgehalten oder gefährdet ist, sondern sogar, daß ihr kostbarster Besitz, ihre Nationalität, in Frage gestellt wird. Die Herrschaft der Parteien öffnet allen Intrigen des Auslandes Tür und Tor.



Die Bündnisse werden zum Einsatz im Spiel des öffentlichen Kampfes: die ewig sich wiederholende Geschichte des Kampfes der „Mützen“ gegen die „Hüte“<sup>1</sup>. Ebenso nahe bei Deutschland gelegen, ebenso stark von seinem Einfluß durchdrungen, wie sie dem unsern entrückt sind, werden diese Länder nur eine ziemlich schwache Verteidigungskraft gegenüber einer wohlüberlegten Aktion haben, die Komplizen im Inneren findet. Übrigens sind die fortschrittlichsten und demokratischsten Elemente hier wie anderswo gewöhnlich dem Einfluß des deutschen Sozialismus zugänglich, wenn sie nicht der Anziehungskraft des russischen Bolschewismus unterliegen; sie sind also weit davon entfernt, eine natürliche Zuneigung zu uns zu besitzen. Es beweist noch mehr Unwissenheit als Eitelkeit, wenn man sich einbildet, daß alle Völker eine natürliche Zuneigung zu unserm Lande haben. Die Muschiks haben uns sehr deutlich gezeigt, daß der Russe nicht mit einer Nase, zwei Augen und der Verehrung für Frankreich geboren wird. Der französische Einfluß auf Europa war hauptsächlich eine aristokratische Angelegenheit. Er beruhte auf einer gepflegten Erziehung, die ihrerseits ein gewisses gesellschaftliches Niveau voraussetzt. Er hing ebenso an ererbten Überlieferungen aus der Zeit, in der das Ansehen unserer Zivilisation und unserer Sprache noch ohne Rivalen war. In Widerspruch zu einem noch immer allzu weit verbreiteten Vorurteil — wiewohl dieses eben erst durch den Sturz des Zarismus widerlegt worden ist — folgt daraus, daß in diesen unentwickelten Teilen Europas sich unsere wahre Gefolgschaft im allgemeinen unter den verfeinertsten

<sup>1</sup> Die „Mützen“ (bonnets) sind als Kopfbedeckung des einfachen Volkes, die „Hüte“ (chapeaux) als Kopfbedeckung der oberen Stände Parteisymbol der sozialen Revolution geworden, die stets die ausländische Intervention begünstigt. D. U.



und konservativsten Schichten der Bevölkerung findet. Die Volksmassen, deren Vertreter jetzt an der Macht sind, haben nicht die tiefen Gründe der Anhänglichkeit an Frankreich, die hauptsächlich auf einer guten Erziehung beruhen. Das Gesetz der Zahl begünstigt uns nicht. Außerdem wurde das Frankreich der großen Revolution im Laufe einer seltsamen Umkehr der Dinge zum reaktionärsten Lande der Welt. In den Augen der proletarischen und bäuerlichen Massen Osteuropas, die weit mehr zu den barbarischen Formen der Diktatur als zur parlamentarischen Demokratie neigen, sind wir ein Volk von Bourgeois. Das ist vollkommen zutreffend. Wenn wir darauf zählen wollten, daß die Sympathien der „Linken“ im Auslande uns zufallen, so würden wir uns Enttäuschungen aussetzen.

Daß sich etwas zu unseren Ungunsten in der Welt verändert hat, wird man alsbald bemerken, wenn wir es mit Gesandten zu tun haben, die keinen französischen Hauslehrer gehabt, sondern nur an deutschen Universitäten, wenn nicht in der Schule des deutschen Sozialismus studiert haben. Im alten Europa bewegten wir uns überall mit Leichtigkeit. Auf dem Wege über die Höfe, die Gesellschaft, die hohe Verwaltung hatten wir überall Zugang. Die Herrschaft eines unkultivierten Nationalismus, wie sie den Demokratien eigen ist, die nur sich selber kennen, verringert diese für unsere politische Tätigkeit günstigen Umstände und die gewohnten Bequemlichkeiten in unsern ausländischen Beziehungen. Wir müssen von Glück sagen, wenn sie sie auf die Dauer nicht ganz verschwinden läßt.

\*

So liegt in diesem weiten Teile Europas, in dem wir Verbündete als Bestandteile eines neuen Gleichgewichts suchen müssen, alles im Bann der Schwäche und der Ver-



wirrung. Die untereinander austauschbaren Elemente des alten Gleichgewichts sind verschwunden. Rußland ist uns ohne Zweifel für lange Zeit feindlich gesinnt. Wir haben mit eigenen Händen die österreichisch-ungarische Monarchie zerstört. Acht bis zehn Staaten, deren Existenz unsicher ist, liegen jetzt im Umkreise des geeinten Deutschland. Anstatt uns unterstützen zu können, werden sie unserer Hilfe bedürfen: Polen, das zwischen zwei Feuer genommen ist, zeigt es nur allzu deutlich. Und trotzdem können wir noch am meisten auf Polen unser Vertrauen setzen — wenn auch freilich nichts sicher ist.

Das ist noch nicht alles. Diese Völker sind schwach, und die Haupteigenschaft des Schwachen ist der Egoismus. Sie werden naturgemäß geneigt sein, Kombinationen zu suchen, durch die sie sich vor ihren allzu mächtigen Nachbarn schützen können, was übrigens unfehlbar dazu führt, daß die Entwicklung sich beschleunigt und sie ihnen ausliefert. Es hatte schon seinen Grund, wenn die Nationalitäten, die jetzt ihre Unabhängigkeit wiedererhalten haben, sie früher einmal verloren. Sie waren der überlegenen Organisation und der übermächtigen Bevölkerungszahl der großen Staaten unterlegen, denen sie benachbart waren, und auch im Europa der Verträge von 1919 werden die Zwerge noch immer von den Riesen beherrscht. Außerdem haben diese kleinen Staaten untereinander Feindschaften und Streitigkeiten, die sie blind für das allgemeine Wohl und für ihr eigenes machen. Es mußte seine Folgen haben, daß die Alliierten — nach einem Ausspruch des amerikanischen Schriftstellers William Morton Fullerton — die Hälfte Europas „balkanisiert“ haben und es sorgfältig vermieden, Deutschland zu „balkanisieren“. „Balkanisitten“ sind nur die ewigen Gewohnheiten der kleinen Staaten; sie werden die notwendige Folge einer Aufteilung



sein, die an der Schwelle des deutschen Volkes haltgemacht hat, obwohl es sich ebensogut wie die anderen hätte aufteilen lassen.

All das zusammen bewirkt, daß die „Barriere“ der freien Völker nicht besteht oder daß eine Kleinigkeit ausreicht, um sie über den Haufen zu werfen. Die Koalition dieser Völker gegen Deutschland und auf unserer Seite ist ein Trugbild. Die „Kleine Entente“, die im August 1920 von der Tschecho-Slowakei angeregt wurde, war nichts als eine Liga der Neutralen, die sich in dem Augenblick bildete, wo der Fall von Warschau bevorzustehen schien. Damit war Polen im Stich gelassen und Frankreich mit ihm. Das ist eine Warnung für die Zukunft. Wenn die neuen Nationen am Leben bleiben, werden wir voraussichtlich zwischen Freunden und Feinden von gestern die unglaublichsten, aber auch unbeständigsten Bündnisse zu sehen bekommen. Bekanntlich ist die Zahl der Kombinationen, die mit einem Spiel von 32 Karten möglich sind, nahezu unbegrenzt, und Europa hat nunmehr 32 Staaten, zwischen denen die Kombinationen in gleicher Weise ins Unendliche abgewandelt werden können, je nach den Ereignissen, den Leidenschaften und den Interessen. Das Fehlen des Gleichgewichts bedeutet ein Anschwellen der Intrigen. Das sind keine günstigen Bedingungen für die Ruhe in der alten Welt, und die französische Politik hat seit dem 18. Jahrhundert es niemals so schwer gehabt, Fehlgriffe zu vermeiden.